



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/184, 17/737

Bewertung der EU-Mitgliedschaft Bulgariens und Rumäniens für Bayern zum Ende der Übergangsfristen und daraus resultierende Aufgaben für die Politik

Aus Anlass des Endes der Übergangsfristen für volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen den 2007 der Europäischen Union beigetretenen Ländern Bulgarien und Rumänien und den anderen EU-Mitgliedstaaten zum 1. Januar 2014 und aufgrund der anwachsenden Armutszuwanderung aus dieser Region wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über die Auswirkungen der EU-Beitritte dieser beiden südosteuropäischen Länder auf den Freistaat Bayern zu berichten.

Dabei ist insbesondere umfassend und detailliert darzustellen,

- wie sich die Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet entwickelt haben;
- welche konkreten Auswirkungen die gemeinsame EU-Mitgliedschaft auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt, kulturellen und sozialen Austausch hat;
- welcher europapolitischer, bilateraler und landespolitischer Handlungsbedarf besteht, um aktuelle Probleme zu bewältigen und das Miteinander zu befördern – darunter insbesondere die Armutszuwanderung, die manche Kommunen vor soziale und finanzielle Herausforderungen (Integration, Unterbringung, Krankenversorgung, Betreuung, Sozialleistungen usw.) stellt, mit denen sie allein nicht fertig werden
- und ob dafür aus Mitteln des Landes, des Bundes und des Europäischen Sozialfonds Unterstützung geleistet werden kann und muss.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident